

Titel und die fragwürdigen Mittel der Akademisierung

Gastkommentar. Die Aufwertung des Ingenieurtitels dient im Grunde niemandem.

VON ELISABETH FIORIOLI

Österreich hat ein duales Ausbildungssystem, das sowohl in Lehrberufen als auch in berufsbildenden höheren Schulen zur Anwendung kommt. Vor allem die Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) sind ein Modell, das in Europa durch die Verschränkung von theoretischer und praktischer Ausbildung seinesgleichen sucht.

Österreich leidet aber auch wie kein anderes europäisches Land unter einer übermäßigen Ehrfurcht vor Titeln. Rund 2043 Amts-, Berufs- und akademische Titel zählt Heinz Kasparovsky in seinem Buch „Titel in Österreich“ auf. Was geschieht aber, wenn der berechtigte Stolz auf die duale Ausbildung mit dieser seltsam antiquierten Verehrung für Titel zusammentrifft? Unter anderem kommt das heraus, was jüngst im Parlament als Aufwertung des Ingenieurtitels beschlossen wurde.

Warum muss man einen Titel überhaupt aufwerten? Durch die Aufwertung soll Transparenz über den Wert von Qualifikationen geschaffen werden und Chancengleichheit, um sich auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu behaupten. So weit, so gut. Aber wie wird das in der österreichischen Praxis gelebt, und was bedeutet die Aufwertung konkret für den Titel Ingenieur? Nichts anderes, als dass die HTL-Ausbildung plus eine dreijährige Berufspraxis dem Abschluss eines dreijährigen Universitätsstudiums, also dem universitären Bachelor gleichgestellt wird.

45-minütiges Fachgespräch

Zur Erinnerung: Um diesen universitären Bachelorabschluss zu erreichen, durchlaufen Studierende an der Universität ein dreijähriges wissenschaftliches Vollzeitstudium, absolvieren Prüfungen und verfassen eine Bachelorarbeit. Geprüft und unterrichtet wird von Lehrenden, die über ein Doktorat oder als höchste Qualifikation über eine Professur verfügen. Sie alle haben also ein hoch kompetitives internationales Qualifikations- und

Auswahlverfahren durchlaufen. Eigentlich selbstverständlich, aber erwähnenswert aus folgendem Grund: Um den Nachweis zu erbringen, dass genau die gleichwertigen Kompetenzen wie in einem Studium an einer technischen Universität erworben wurden, genügt es für einen Ingenieur nach dem neuen Gesetz, eine selbst verfasste Tätigkeitsbeschreibung abzuliefern und ein Fachgespräch zu führen, das maximal 45 Minuten dauert.

Wem dienen Aufwertungen?

Für den Prüfer in diesem Fachgespräch genügt als Qualifikation, dass er selbst Ingenieur ist. Es beurteilen also Personen die Gleichwertigkeit mit einem Universitätsstudium, die ein solches gar nicht absolviert haben.

Den Befürwortern dieser Aufwertung schwebt eine noch weitreichendere Aufwertung berufsbildender Abschlüsse vor: Der Lehrabschluss soll auf derselben Stufe mit der AHS-Matura stehen, die Meisterprüfung dem Bachelorabschluss und der Baumeister dem Abschluss eines fünfjährigen Universitätsstudiums gleichgestellt werden.

Wem durch diese Aufwertungen gedient sein soll, außer falsch verstandenen Ständesinteressen, bleibt ein Rätsel. Der Wert einer Berufsausbildung liegt ja gerade in Ihrer Andersartigkeit im Vergleich mit einem universitären Studium.

Diese beiden (Aus-)Bildungsformen sollen weder in Wettbewerb zueinander treten noch gegeneinander ausgespielt werden. Die Wertschätzung für die Berufsausbildung wird nicht zu steigern sein, wenn sie mit fragwürdigen Mitteln, wie sie das Ingenieursgesetz vorsieht, äußerlich „akademisiert“ wird.

Mit dem Austriazismus des ständigen Schielens nach einer Aufwertung von Titeln steht sich Österreich selbst im Weg.

Mag. Elisabeth Fiorioli (geboren 1967 in Graz) ist Generalsekretärin der **Österreichischen Universitätenkonferenz**.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Wähler wollen nicht wählen, sondern sie wollen Rache nehmen

Selten zuvor gab es unter den Bürgerinnen und Bürgern so viel Zorn auf die politischen Eliten - und selten zuvor waren die Gründe dafür so berechtigt.

Gefragt, warum die FPÖ für so viele Wähler so attraktiv sei, gab Bundeskanzler Christian Kern jüngst in einem Gespräch mit der deutschen „Zeit“ Interessantes zu Protokoll. „Die Wähler wollen das System und die Eliten auf den Knien sehen“, meinte er, „weil sie sich deklariert, ausgeschlossen und nicht ernst genommen fühlen.“ Daran ist richtig, dass es dieses Bedürfnis, nicht nur eine längst obsolet gewordene Regierung einfach gegen eine - hoffentlich - bessere auszutauschen, sondern „die Eliten auf den Knien sehen zu wollen“, wirklich und weitverbreitet gibt.

Da geht es nicht einfach um einen demokratischen Machtwechsel, da geht es um ein diffuses Bedürfnis nach Genugtuung, ja sogar nach Rache. Leider erklärt Kern aber nicht, was die Ursache dieser unbestreitbaren Gemütslage ist. Sein Satz kann ja so verstanden werden, dass tatsächlich viele Menschen „deklariert, ausgeschlossen und nicht ernst genommen“ wurden und werden. Das wäre nach einem halben Jahrhundert größtenteils sozialdemokratischer Bundeskanzler ein interessanter Befund.

Oder aber er meint, der Wähler unterliege einem Wahrnehmungsrirrtum. Dann stellt sich natürlich schon die Frage, warum der gleiche Wähler, der offenbar zu blöd ist zu erkennen, dass er eh nicht „deklariert und ausgeschlossen“ ist, klug genug sein soll, über 1500 Seiten dicke Freihandelsverträge abzustimmen wie jüngst in den Reihen der SPÖ.

Erklären lässt sich die maßlose Wut vieler, die Kern ja korrekt diagnostiziert, möglicherweise auch ohne Wählerbeschimpfung, aber mit einem klaren Blick auf die vergangenen zehn Jahre. In diesen wurden die Wähler - nicht nur in Österreich - von den Kern'schen Eliten nämlich in einem bemerkenswerten Ausmaß politisch betrogen, ohne dass sie so recht sehen konnten, was gegen diese Betrügerei unternommen werden könnte. Vieles, was ursächlich nichts miteinander zu tun hat, hat sich da amalgamiert.

Als Betrug epischen Ausmaßes empfinden viele Wähler, dass die Eliten ab dem Sommer 2015 eine Völkerwan-

derung zugelassen oder zumindest nicht verhindert haben, die von der Mehrheit der Menschen so nicht gewollt wurde und wird. Und für die es keine wirkliche demokratische Legitimation gegeben hat.

Betrogen fühlen sich die Bürger um die elementarsten aller Verpflichtungen des von ihnen finanzierten Staates, nämlich die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die innere Sicherheit. Seit Migranten Polizisten an der Grenze einfach beiseitegeschoben haben, ist dieses Gefühl nicht zu Unrecht virulent geworden.

Deshalb wollen so viele die Eliten „auf den Knien sehen“, und man wird das verstehen können. Dass keiner der damaligen Entscheidungsträger je

in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen werden wird, dämpft dieses Bedürfnis nicht wirklich.

Betrogen fühlen sich auch immer mehr Wähler um das einstige Versprechen der Eliten, der Euro werde genauso hart, stabil und sicher wie der Schilling oder die Mark werden, ihre Ersparnisse seien sicher wie

der Goldschatz von Fort Knox.

Heute dämmert diesen Menschen, dass auch diese Versprechen gleich multipel gebrochen worden sind. Ihre Lebensersparnisse schmelzen dank der Kombination aus Nullzinspolitik der EZB und (staatlich befeuerter) Inflation dahin, Daseinsvorsorge ist nahezu unmöglich geworden. Damit fühlen sie sich in einem zweiten zentralen Anspruch an die Politik betrogen.

Gleichzeitig treten die Eliten dem Bürger in vielen Fällen mit einer Arroganz, Anmaßung und Unverfrorenheit entgegen, die eine klare Botschaft kommuniziert: Wir haben nichts gelernt. Wir teilen uns Macht, Jobs und Geld weiter auf wie eh und je, wir packeln und mauscheln wie gewohnt, und wenn der Wähler ob des Staatsversagens verzweifelt, erklären wir ihn zum Deppen, der unsere Staatenlenkerkunst einfach nicht zu würdigen weiß. Eigentlich wäre es also ein Wunder, würden die Wähler nicht diese Eliten „auf den Knien sehen“ wollen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zum Autor:

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer.

Frauen, die keine Kinder aufgezogen haben. Bei einer Monatspension von 2500 Euro brutto beträgt dieser Vorteil der Frauen gegenüber Männern rund 400.000 Euro. Es dauert noch Jahre, bis mit der langsamen Beseitigung dieser Ungerechtigkeit begonnen wird.

Dr. Erich Pitak, CFA, 1130 Wien

Zeitpunkt des Protests verwundert

„FPÖ und Christentum . . .“, Analyse von Dietmar Neuwirth, 25. 10. Ich habe mit Herrn Hofer so viel zu tun wie die Kuh mit dem Eistanz oder Herr V. d. B. mit Heimat. Dennoch verwundert es mich, dass sich plötzlich die organisierten Kirchen lautstark zu Worte melden und gegen die seit Jahrhunderten gebräuchliche Floskel „So wahr mir Gott helfe“ protestieren.

Na und, hoffentlich hilft ihm der liebe Gott, so dieser Zeit hat, sich um diese BP-Wahl zu kümmern. Treffender wäre gewesen, wenn sich die etablierten Kirchen seinerzeit gegen die Kreuz-

abnahme in den Klassen gewehrt und stattdessen den Vorschlag gemacht hätten, die Symbole aller Religionen anzubringen. Das wäre im Sinne einer gemeinschaftlich ethischen Erziehung noch formbarer Kinder und Jugendlicher besser gewesen. Stattdessen ist am Schulhof mittlerweile die Religion führend, welche die größte Anzahl von Fäusten aufbringen kann.

Dagegen sollten wir uns wehren, so wahr uns Gott helfe . . . Hans Gero Planitzer, 1020 Wien

Dann bestimmen eben andere, wo's langgeht

„Belgien tritt bei Ceta auf der Stelle“, von Michael Laczynski, 27. 10. Nach sieben Jahren Verhandlungen im einstimmigen Auftrag aller EU-Staaten diktiert weniger als ein Prozent den anderen 99 Prozent, was zu geschehen hat. Jeder, der noch Zeit und Mühe investiert, um mit dieser EU irgendetwas zu verhandeln, ist selbst schuld - es ist sinnlos.

Wenn wir die EU nicht so weiterentwickeln, dass sie hand-

lungsfähig wird, sollten wir's lassen, auf jegliches internationale Gewicht und jeden Einfluss in der Welt verzichten und die EU auf eine Zollfreiezone zurückfahren. Dann bestimmen eben andere, wo's langgeht - und genau die gleichen, die jetzt nach Kräften ein starkes Europa verhindern, werden die Ersten sein, die darüber jammern!

Dr. Martin Nagiller, 6330 Kufstein

Mehrheit will Ceta nicht

Es ist ärgerlich, immer wieder in allen Medien zu lesen, welche Tragödie es ist, wenn Ceta nicht zustande kommt! Haben Sie all die europaweiten Massenproteste gegen das Abkommen schon vergessen? Eine große Mehrheit in unseren Staaten will dieses Abkommen nicht, denn es hebt die Demokratie aus und nützt dem einzelnen Bürger nicht, sondern nur den großen Konzernen.

Das Fieseste an der Geschichte ist die Möglichkeit, dass Konzerne einen Staat klagen können, wenn ihr Produkt nicht ins Land lassen

möchte. Es muss einem Staat möglich sein, Nein zu etwas zu sagen, ohne geklagt zu werden. Da hört sich doch jede Freiheit auf, wenn Konzerne einen Staat unter Druck setzen können! Schade, dass Österreich in die Knie gegangen ist. Die Wallonie als einzige Region Europas, die standhaft beim Nein blieb! Ein trauriges Resultat für die europäische Demokratie, die schon lang keine mehr ist!

Christina Gartner, 1190 Wien

Tablets, Apps und Content in der „Pressestunde“

„Hammerschmid weist Kritik an Reform zurück“, 24. 10. Sonntag 11 Uhr, ORF-„Pressestunde“. Unsere Bildungsministerin breitet ihren Wortschatz aus: von peer zu peer; cluster; auf der Fläche ist das neu zu denken; Schule kommt in der community an; wie performen Schüler und Schülerinnen; in der Breite gedacht; entrepreneurship; tablets; apps und tools; wem hilft der content aus dem Internet; das sollen Schulstandorte

definieren; learning outcome. Adressieren tut sie auch viel, aber nicht Kuverts, sondern skills, Probleme, Talente und Themen.

Und wo hat sie das alles her? Ministerin Hammerschmid über ihre eigene Schulzeit: „Ich hatte das Glück, hervorragende Schulpädagoginnen und Schulpädagogen zu haben, die sich auf meine Talente fokussiert haben.“ Hätten sie ihr doch die deutsche Sprache beigebracht.

Dr. Alexander Demblin, 1040 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.